G 2527

Gymnasium

BADEN-WÜRTTEMBERG

Nr. 5-6/2023

Der Philologenverband Baden-Württemberg kommunikativ:

- bei der Arbeit der Wahlkampfkommission
- bei der Frühjahrstagung der Frauen AG im DPhV
- in der Kommission Bildung und Wissenschaft
- bei der Sitzung des Bundesausschusses des DPhV

Außerdem:

Schulvertreterversammlung Bezirk Nordbaden
Quo Vadis Referendariat und Lehrerbildung?
Die ‘SchulsportApp BW’

Zeitschrift des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Inhalt

Editorial *[Ralf Scholl]* 2

Deutscher Lehrkräftepreis 2023 *[Karin Fetzner]* 3

»Wir brauchen einen Plan ...« *[Helmut Hauser]* 4

Langwierige Verhandlungen zum Abschluss gebracht *[Ursula Kampf]* 6

Wakako *[Claudia Grimm]* 7

Der PhV BW ist vertreten bei ...

... der Personalvertretung der IBBW *[Karin Fetzner]* 8

Frühjahrstagung der AG Frauen im DPhV *[Martina Scherer]* 9

Gemeinsam sind wir stark! *[Cord Santelmann]* 10

'Übergang Schule-Beruf 2023' *[Karin Fetzner]* 11

Thema aktuell: SPD 12

Aktuelles aus dem HPR *[Jörg Sobora]* 13

Aktuelles aus dem HPR asB *[Michael Belz]* 14

Für den PhV BW unterwegs ...

... bei der Sitzung des Bundesausschusses des DPhV *[Karin Fetzner]* 15

Quo Vadis Referendariat und Lehrerbildung? *[Maximilian Röhricht]* 16

Der PhV BW im Gespräch mit ...

... dem Gymnasialreferat des Kultusministeriums *[Karin Fetzner]* 17

Vom fragwürdigen Umgang mit Antisemitismus *[Norbert Schmeiser]* 18

Collage zur Didacta *[Martina Scherer]* 20

Der PhV BW im Gespräch mit ...

... der Kultusministerin *[Karin Fetzner]* 21

Die 'Schulsport-App BW' *[Yannick Weißlogel]* 22

Titelfoto: Friedrich-von-Alberti-Gymnasium (Sabine Grobe)

Redaktionsschluss:
Juli-August-Ausgabe: 19. Juni 2023,
Sept.-Oktober-Ausgabe: 4. September 2023.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen (ohne Rückporto keine Rücksendung).

Alle Manuskripte sind an die Redaktion zu senden!
Enver Groß | enver.gross@phv-bw.de
Pfannenstiel 34 | 88214 Ravensburg

Liebe Leserinnen und Leser,

Ralf Scholl
ist Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

50 Jahre PhV Baden-Württemberg als eingetragener Verein. Das feiern wir dieses Jahr unter dem Motto 'Tradition – Leistung – Innovation: Gymnasium' auf unserer diesjährigen Vertreterversammlung. Mehr dazu erfahren Sie in der nächsten GBW-Ausgabe.

Zu den aktuellen Themen:

Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung

In der zweiten Märzhälfte haben wir unter unseren aktiven Mitgliedern eine Umfrage zur (Un-)Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung durchgeführt. An dieser Stelle mein herzlicher Dank für die große Beteiligung!

Das Ergebnis: Von 1097 teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen sprachen sich 1027 (94 Prozent) für die Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung aus.

In einer zeitgleich durchgeführten, offenen Umfrage des Realschullehrerverbands votierten 78 Prozent der rund 4400 Teilnehmer für eine Wiedereinführung der Verbindlichkeit.

Die Veröffentlichung dieser Ergebnisse hat am 3. April weit über Baden-Württemberg hinaus ein massives Presseecho erzeugt, 'Die Zeit', 'Stern', 'Welt', 'FAZ' und 'Süddeutsche' berichteten ebenfalls, siehe https://www.phv-bw.de/medienecho/.

Am 25. Mai wurde dieses Thema anlässlich eines Gesetzesantrags der FDP zur Wiedereinführung der verbindlichen GS-Empfehlung dann auch im Landtag diskutiert. Leider sträubt sich das Kultusministerium aber bei diesem Thema gegen jegliche unbedingt notwendige Änderung. Selbst der in einem Brief an Ministerin Schopper unterbreitete Kompromissvorschlag, die freie Wahl der Eltern lediglich dadurch einzuschränken, dass sie maximal um eine Stufe von der schulischen Empfehlung abweichen können, wurde nicht aufgegriffen. »Augen zu und durch!«, scheint bei diesem Thema, wie bei so vielen anderen auch, das Motto im Kultusministerium zu sein.

Bei der **Lehrereinstellung** wird es auch dieses Jahr wieder Probleme geben, denn die Anzahl der Referendarinnen und Referendare ist deutlich zurückgegangen. Kein Wunder, denn die Jahrgänge werden kleiner. Und die Reaktion unser Landesregierung? **Ein 18-Punkte-Sofortprogramm.**

Kultusministerin Theresa Schopper stellte Ende März unter diesem Titel ein Maßnahmenbündel mit dem Ziel einer Verringerung des Lehrkräftemangels vor. Ein 'Programm' sind die angekündigten Maßnahmen allerdings nicht, sondern lediglich Stückwerk und viel Rhetorik.

So wurden mehrere der angekündigten 18 Maßnahmen bereits in der Vergangenheit beschlossen und haben wenig mit der akuten Mangelsituation zu tun.

So galt zum Beispiel die **Bezahlung von befristeten Vertretungslehrkräften während der Sommerferien** bei Verlängerung ihres Vertrags eigentlich schon seit dem Schuljahr 2022/2023. Das wurde aber von den Regierungspräsidien in der Regel durch Abänderung des Befristungsgrunds unterlaufen.

Die neue Stichtagsregelung schafft hier eine echte Verbesserung für die Betroffenen, denn wer einen Vertrag oder Verträge hat, die vor dem 31. Dezember begonnen haben, erhält die Sommerferien bezahlt, wenn er im nächsten Schuljahr vom ersten Schultag an wieder eingestellt wird. – Offen ist allerdings, wie die Regierungspräsidien diese Änderung bei rund 4000 Verträgen praktisch umsetzen werden.

Was aber weiterhin fehlt, ist das generelle Vorziehen des Einstellungstermins auf den 1. August. Diese Maßnahme, die einige Neubewerber im Land halten könnte, war der Landesregierung dann aber doch zu teuer.

Dass das geht, machen uns wieder einmal die Bayern vor.

Die Erhöhung der Leitungszeit für Schulleitungen ist sinnvoll und notwendig. Dies wurde bereits unter Kultusministerin Eisenmann geplant und der erste Schritt des 'Schulleiter-Entlastungspakets' bereits damals umgesetzt. Das jetzt angekündigte Schrittchen wurde gegenüber dem vor drei Jahren geplanten zweiten Schritt aber extrem abgespeckt. Aufgrund des reduzierten Entlastungsumfangs kommt bei den gymnasialen Schulleitungen wieder fast nichts an.

Wenden wir uns jetzt den tatsächlich neuen Maßnahmen zu:

Die Einschränkung der Teilzeit aus sonstigen Gründen auf minimal 75 Prozent des Volldeputats, sprich 19 Wochenstunden, soll zum Schuljahr 2024/2025 umgesetzt werden. Diese Maßnahme hängt wie eine schwarze Wolke über sorgfältig arbeitenden Kolleginnen und Kollegen, die zum Beispiel auf siebzehn Stunden reduziert haben, um ihre Lehrertätigkeit so gestalten zu können, wie es ihren eigenen hohen Qualitätsansprüchen entspricht. Dazu habe ich mehrere Zuschriften erhalten. »Natürlich kann man seine Vorbereitung kürzen und Probleme einfach übergehen. – Aber das ist doch keine Lösung!«, schrieb mir ein Kollege. Und weiter: »Das macht bereits eine ganze Reihe von Lehrkräften. Aber damit lassen wir doch die Schülerinnen und Schüler im Stich.«

Ich denke, es wird in den nächsten Jahren ein zentraler Aspekt sein, wie wir die Qualität des Unterrichts und auch des Coachings der uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen erhalten (oder gar erhöhen) können, ohne dass wir Lehrkräfte dies mit einem Burnout bezahlen. Die Arbeitszeiterfassung wird hierbei zum springenden Punkt werden. Der aus dem Bundesarbeitsministerium durchgesickerte erste Referentenentwurf kann uns da optimistisch stimmen. Das Aussitzen dieses Themas von Seiten des Kultusministeriums wird spätestens mit Verabschiedung dieses Gesetzes enden müssen.

Die Einschränkungen bei Sabbatjahren (künftig nur noch alle fünf Jahre möglich) führen ebenso wie die Einschränkungen der Teilzeit dazu, dass der Lehrerberuf langfristig unattraktiver wird. Hier ist dem Kultusministerium momentan das kurzfristige Lücken-Stopfen wichtiger als eine Langzeit-Perspektive.

Wie das bei der 'Generation Z' ankommt, die jetzt ins Berufsleben eintritt und für die eine bestmögliche Vereinbarkeit von Privatleben und Arbeit eine sehr hohe Priorität hat, bedarf wenig Fantasie. Die Attraktivität des Lehrerberufs wird somit langfristig sicher nicht steigen. Dazu wäre eine grundlegende Verbesserung der Rahmenbedingungen unseres fordernden Berufs notwendig: Geringere Unterrichtsverpflichtung, kleinere Klassen, weniger Verwaltungsaufwand. Überlegungen in dieser Hinsicht: Fehlanzeige!

Die Erhöhung der Lehrverpflichtung der Referendare um eine Stunde wird durch die Abschaffung der schriftlichen DUE (Dokumentation einer Unterrichtseinheit) zumindest teilweise kompensiert. Auch hier sind dem Kultusministerium die gewonnenen Deputate (rund 45 im Gymnasialbereich, etwa 150 insgesamt) wichtiger als die Erhaltung des Ausbildungsstandards.

Verbandsintern laufen die Vorbereitungen auf das 50-jährige Jubiläum und die Vertreterversammlung gerade auf Hochtouren. Und wir treffen gerade die letzten Vorbereitungen, um im neuen Schuljahr unseren Mitgliedern ein Online-Forum als Diskussionplattform anbieten zu können. Diese soll als Möglichkeit zum fachlichen Austausch und zum Austausch in bildungs- und berufspolitischen Fragen dienen.

Zum Abschluss noch ein Wort in eigener Sache: Im Mai und Juni bin ich als frisch gebackener Vater einer ganz bezaubernden Tochter für zwei Monate in Elternzeit. Ich bitte um Ihr Verständnis, dass ich während dieser Zeit auch mein Engagement für den Philologenverband Baden-Württemberg etwas reduzieren muss.

Mit den besten Grüßen

Ralf Scholl

Deutscher Lehrkräftepreis 2023

Am 8. Mai 2023 fand die Verleihung des Deutschen Lehrkräftepreises in verschiedenen Kategorien statt.

Aus Baden-Württemberg wurde das Schulleitungsteam des Droste-Hülshoff-Gymnasiums Rottweil mit einem Preis in der Kategorie 'Vorbildliche Schulleitung' ausgezeichnet. Wir gratulieren den Preisträgern!

>> Stefan Maier und Amir Jano freuen sich sehr über diese Wertschätzung ihrer Arbeit, denn ihr Kollegium hat sie für den Preis vorgeschlagen

>> Karin Fetzner gratulierte Stefan Maier und Amir Jano direkt vor Ort bei der Preisverleihung im Namen des PhV BW

>> Beim Lehrkräftepreis können erste Kontakte zur neuen KMK-Präsidentin Katharina Günther-Wünsch geknüpft werden

>> Der Vorstand des Bezirks Nordbaden steht Rede und Antwort

Schulvertreterversammlung des PhV-Bezirks Nordbaden in Bad Herrenalb

»Wir brauchen einen Plan ...«

»... haben wir keinen Plan, werden wir Teil des Plans eines Anderen!«

Mit diesem Appell eröffnete Michael Vetter von der dbb-Akademie einen Workshop für die Schulvertreterinnen und Schulvertreter bei der Schulvertreterversammlung des PhV-Bezirks Nordbaden, die am 23. und 24. März 2023 wie gewohnt in den Räumlichkeiten der evangelischen Akademie Bad Herrenalb stattfand. Durch diesen Workshop sollten die Anwesenden gerüstet und motiviert werden, neue Mitglieder zu gewinnen und im Hinblick auf die Stufenpersonalratswahlen, die im Jahr 2024 anstehen, auch Kandidierende für die jeweiligen Listen des Philologenverbandes zu generieren.

»Wir verkaufen nichts – wir betreuen« und »Vertrauen ist die Basis allen Handelns« waren weitere Kernaussagen von Michael Vetter in seinem Impulsreferat. Er wies dabei vor allem auf die Unterscheidung von Sachargumenten und emotionalen Argumenten und deren Einsatz bei der Ansprache von Menschen hin, die zum Beispiel für eine Mitgliedschaft gewonnen werden sollen. Im Workshop gab der Referent Gelegenheit, das Gehörte in Rollenspielen aktiv zu erproben.

Berichte aus dem Bezirksvorstand

Nach der Begrüßung der Teilnehmenden gaben der Bezirksvorsitzende Björn Sieper und seine Stellvertreterin Martina Scherer gemeinsam einen Rückblick auf das vergangene Jahr. Sie berichteten von zahlreichen Sitzungen und Tagungen im Bezirk. In zahlreichen Personalversammlungen waren sie und andere Vorstandsmitglieder zugegen und vertraten den Philologenverband oder waren als Mitglied des BPR anwesend. Ebenso waren sie bei zahlreichen Regionalversammlungen zugegen und vertraten den Philologenverband Baden-Württemberg auch als Delegierte bei Tagungen unserer Dachorganisationen.

Thema war auch die unbefriedigende Beförderungssituation nach A 14. Neu ist jedoch, dass nun auch für das RP Karlsruhe erreicht werden konnte, dass einige wenige Beförderungen auch mit den Noten 1,5 bzw. 2,0 aus ‘alten’ Anstellungsjahrgängen möglich sind.

Als Erfolg der Verbände konnten sie die Rücknahme der Absenkung der Beihilfe sowie die Anhebung der kinderbezogenen Familienzuschläge vermelden. Aus letzterem ergaben sich Nachzahlungen für Familien mit drei und mehr Kindern. Diese lagen insbesondere dann in erheblicher Größenordnung, wenn die Betroffenen – wie vom Philologenverband empfoh-

>> Die Teilnehmenden an der Schulvertreterversammlung hören gespannt zu

>> Björn Sieper nach der Wiederwahl umrahmt von den Wahlleitern

>> Martina Scherer *(stehend rechts)* informiert zu verschiedenen Themen

len – Widerspruch gegen die Besoldungsbescheide eingelegt hatten.

Einen ausführlichen Bericht über die Finanzlage des Bezirksverbandes gab Thomas Schwan in seinem Kassenbericht. Die Finanzen bewegen sich wieder in Richtung des 'Vor-Corona-Niveaus', was die Kosten für Veranstaltungen anbelangt. Aufgrund aktueller Teuerungen hat der Bezirksrechner im Haushaltsplan für das kommende Geschäftsjahr teilweise höhere Kosten veranschlagt.

Die Kassenprüfer Raimund Klingbeil und Roland Scholz bescheinigten eine einwandfreie Kassenführung. Auf ihren Vorschlag hin wurde der Bezirksrechner Thomas Schwan einstimmig entlastet. Daraufhin folgte die Entlastung des Gesamtvorstands einstimmig bei wenigen Enthaltungen.

Annette Rödler referierte unterstützt von Brigitte Beyrich über Arbeitnehmerfragen. Sie wies dabei auch auf die Aktionen mit den Dachverbänden im Zusammenhang mit den Tarifverhandlungen hin.

Helmut Hauser gab einen Überblick über die Aktivitäten des Referats Senioren in Nordbaden. Außerdem stellte er einen Antrag der Seniorenvertretung zur Aufnahme der Senioren in unsere Verbandssatzung vor und erläuterte diesen.

Für die JuPhi berichtete Mathias Fuchs über deren Aktionen. Von besonderer Bedeutung sind die Verbandsvorstellungen an den Seminaren bei der Vereidigung der neuen Referendarinnen und Referendare. Hierbei wären weitere unterstützende Hände hilfreich. Eine der Kernforderungen der jungen Philologen ist ein gestufter Berufseinstieg bei vollem Gehalt.

>> Annette Rödler referiert zu Arbeitnehmerthemen

>> Jörg Sobora informiert aus dem HPR

Wahlen

Die anstehenden Neuwahlen fanden am Freitagvormittag statt. Als Wahlleiter wurden Ralf Gartner und Roland Stolz bestimmt, die souverän durch die Wahlhandlung führten.

Eindeutig in ihren Ämtern bestätigt wurden Björn Sieper als 1. Vorsitzender, Martina Scherer als stellvertretende Vorsitzende sowie Thomas Schwan als Rechner. Für das Amt der Schriftführerin kandidierten die Amtsinhaberin Karin Fetzner sowie die bisherige Beisitzerin Meike Brück. Gewählt wurde Meike Brück, die 53 Stimmen erhielt, gegenüber Karin Fetzner, auf die 29 Stimmen entfielen.

Für die beiden Beisitzerpositionen wurden Stefanie Wölz (78 Stimmen) und Dominik Diemer (72 Stimmen) gewählt. Als Kassenprüfer wurden Raimund Klingbeil und Roland Stolz bei eigener Stimmenthaltung einstimmig bestätigt. Als zusätzliche Delegierte für den Hauptvorstand wählten die Anwesenden Tobias Wieland, Christian Klautke, Désirée Kirschler, Christian Göckler und Brigitte Beyrich.

Berichte aus dem Landesvorstand und dem HPR

Bei seinem Bericht aus dem Landesvorstand referierte Ralf Scholl unter anderem über die neuen KMK-Beschlüsse zur Oberstufe und zum Abitur und deren Auswirkungen auf Baden-Württemberg. Ein weiteres Thema war der Stand der Unterschriftensammlung der Elterninitiative 'G9 jetzt!' für den Volksantrag zur flächendeckenden Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums. Ganz aktuell sind Initiativen aus der Wirtschaft zur Stärkung des Informatikunterrichts an den Schulen.

Jörg Sobora stellte aktuelle Themen aus dem HPR vor. Dabei berichtete er auch über den aktuellen Stand diverser Einigungsstellenverfahren zu Themen, bei denen ein Dissens zwischen HPR und Ministerium besteht.

Helmut Hauser

Langwierige Verhandlungen zum Abschluss gebracht

Der Schlichtungsspruch weist in der Einkommensrunde Bund Kommunen den Weg!

Nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen im Bereich Bund Kommunen in der dritten Verhandlungsrunde hat die Schlichtungskommission intensiv beraten und am 15. April 2023 eine Einigungsempfehlung ausgesprochen. In der vierten Verhandlungsrunde am 22. April 2023 in Potsdam musste man, so der dbb Chef Ulrich Silberbach, »noch einmal viele kleine Schrauben drehen, um einen werthaltigen und konsensfähigen Abschluss hinzubekommen …«[1] – ausgehend von der Einigungsempfehlung.

Folgende Ergebnisse wurden in der Nacht vom 22. auf den 23. April 2023 im Bereich TVöD erzielt[2]:

- 3000 Euro Inflationsausgleichsprämie, ausgezahlt in mehreren Tranchen von Juni 2023 bis Februar 2024 (steuer- und abgabenfrei, für Teilzeitbeschäftigte anteilig)
- Lineare Erhöhung: ab 1. März 2024 Erhöhung der Tabellenentgelte um einen Sockelbetrag von 200 Euro und anschließend um 5,5 Prozent
- Erhöhung der tariflichen Zulagen mit vereinbarter Dynamisierung über die allgemeine Entgeltanpassung: ab 1. März 2024 um 11,5 Prozent
- Laufzeit: 24 Monate (von 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2024)

von **Ursula Kampf**
Referat Arbeitnehmer/Tarif PhV BW,
Mitglied der dbb-Bundestarifkommision

Zu diesem Kompromiss resümiert der dbb Tarifchef Volker Geyer im Rückblick: »Bund und VKA haben sich hartnäckig geweigert, die bisherigen Altersteilzeitregelungen zu verlängern. Außerdem haben wir lange dafür gekämpft, dass Teilzeitbeschäftigte die Inflationsprämie in vollem Umfang erhalten. Auch hier haben sich die Arbeitgebenden bis zuletzt verweigert.«[3]

Als Erfolg ist zu werten:

- Diverse, ursprünglich von der Arbeitgeberseite angestrebte Verschlechterungen für Teilbereiche der Tarifbeschäftigten konnten abgewendet werden.
- Durch den Mechanismus prozentuale Erhöhung nach Anhebung des Tabellenentgelts um einen Sockelbetrag konnte eine beachtliche Erhöhung des monatlichen Tabellenentgelts erreicht werden: zwischen acht Prozent und sechzehn Prozent für die verschiedenen Entgeltgruppen.
- Der Inflationsprämie als faktischer Netto-Betrag liegt ein – ggf. deutlich – höherer fiktiver Bruttobetrag zugrunde, je nach den individuellen steuerlichen Konditionen.

Ärgerlich ist: Lediglich für 10 Monate von 24 Monaten greift die lineare Erhöhung des Tabellenentgelts.

Es muss aber auch bedacht werden: Im Falle eines Scheiterns der vierten Verhandlungsrunde wären unbefristete Streiks mit ungewissem Ausgang eventueller späterer neuer Verhandlungen – ohne an die Schlichtungsempfehlung anzuknüpfen – die Perspektive gewesen.

Zustimmung deshalb zum Fazit des dbb Chefs Ulrich Silberbach: »Unser Kernanliegen, die Einkommensverhältnisse unserer Kolleginnen und Kollegen spürbar zu verbessern, haben wir durchgesetzt. Kein Abschluss der letzten Monate erreicht unser TVöD-Niveau.«[4]

Ursula Kampf, Referat Arbeitnehmer/Tarif PhV BW, Mitglied der dbb-Bundestarifkommission

1 dbb beamtenbund und tarifunion: Flugblatt Einkommensrunde TVöD 2023/Nr. 30, April 2023, S. 1
2 vgl. ebenda, S. 2 und S. 4; das komplette Einigungspapier ist nachlesbar unter: www.dbb.de/einkommensrunde
3 Ebenda, S. 3
4 Ebenda, S. 1

>> *v.l.n.r.:* Jörg Sobora, Stefanie Schrutz, Tobias Wieland, Heinz Einwiller *(hinten)*, Karin Fetzner, Claudia Grimm, Martin Stroh *(vorne)*. *Nicht im Bild:* Alex Epp, Martina Scherer

Wakako

Die neue Wahlkampfkommission hat ihre Arbeit aufgenommen.

Nach der Wahl (2018) ist vor der Wahl (2023): Wieder geht es darum, in den Stufenpersonalräten die richtigen und wichtigen Entscheidungen für die gymnasialen Lehrkräfte zu treffen – dazu brauchen wir als die Spezialisten für das Gymnasium wieder überall eine ganz starke Mehrheit. Deshalb hat unsere neue ***Wa****hl****ka****mpf****ko****mmission am 22. April ihre erste Sitzung abgehalten. Unter der Leitung von Karin Fetzner, Claudia Grimm und Martin Stroh machten sich engagierte PhV-Mitglieder mit professioneller Hilfe an die Arbeit. Gerne können Sie auch noch dazukommen!*

Damit wir wissen, was Sie bewegt, bitten wir Sie, den folgenden Text zu durchdenken und uns zeitnah zu schreiben.

DenkSCHULE

Gymnasiale Bildung mehr als Identität und Alterität?!

Auf der Suche nach einer Auslegeordnung für postbinäre Bildung

Kennen Sie die Fernsehwerbung einer Supermarktkette? Sinngemäß zitiert: Ein Paar ist im Supermarkt beim Einkaufen, er bringt Milch. Sie: »Ist das die günstige oder die Biomilch?« Er – zögernd und verunsichert: »Dieeee – B E I D E S.«

Warum funktioniert der Witz? Weil wir auf Antagonismen geprägt sind. Unsere Welt erscheint als ein ENTWEDER – ODER; Reduzierung auf Dualismus und Antagonismus. Es beginnt nicht und endet nicht mit der Kalte-Kriegssozialisation als weltumspannende didaktische Reduktion: binäre Systeme als Ordnung der Welt. Wir haben Jahrzehnte hinter uns mit einem Fokus auf angloamerikanische oder klassenkämpferische Pro- und Contra-Logik. Gelebt wurde und wird dies in vielen Bereichen: Kapitalismus vs. Zentralverwaltungswirtschaft, digital vs. analog, Verbrenner vs. Elektro... Aber: Wettbewerb im Zweikampf lässt oft keinen Platz für andere Ansätze, Exklusion wurde zum Prinzip. Aber so einfach ist die Welt nicht.

Wer und *wie* sind wir? Unsere Demokratie ein Lehrstück für *Dieeee – B E I D E S*: Vom Wahlsystem über unsere Gesetzgebungsprozesse bis hin zur Wirtschaftsordnung und -politik sind Systeme sowie Prozesse geprägt von einem SOWOHL ALS AUCH!

Was ist typisch deutsch? Das Phänomen der Gleichzeitigkeit von Lösungsansätzen. Oder wie Karl Schiller es für die soziale Marktwirtschaft formulierte: *So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig!* Natürlich kennen auch wir die Konkurrenz von Interessen, aber auch die Einbindung verschiedener Gruppen und Bedürfnisse. Und: Wir als Berufsverband sind mitten im deutschen Korporatismus.

Auch in unseren Gymnasien kennen wir das SOWOHL ALS AUCH: Wir lehren sowohl Naturwissenschaften und Mathematik als auch (andere) Geisteswissenschaften. Wir unterrichten unsere Schülerinnen und Schüler sowohl in mehreren Fremdsprachen als auch in musischen Fächern, im Sport oder in ethisch-religiösen Fragen. Wir nutzen Lehrervortrag wie auch individuelle Erarbeitung und gruppendynamische Prozesse. Lernen findet im Unterricht und in Projekten sowie auf Exkursionen statt. Fachlichkeit trifft auf das Ansinnen, alle da abzuholen, wo sie gerade gedanklich stehen. Aber es gibt ein gemeinsames Ziel: Die allgemeine Hochschulreife als Ticket für plurale Lebenswege.

Gleichzeitig (!) gilt: Mehrperspektivität bedeutet nicht automatisch Kontroversität. Ein Beispiel aus den letzten Jahren: Eltern, landespolitische Entscheidungsträger und Städtetag an einen Tisch zu bringen, bedeutet nicht zwangsläufig Meinungspluralismus. Damit *die Schule im Dorf bleibt*, sind konservative Kommunalpolitiker, bewegte Eltern und linke Landespolitiker:innen gemeinsam beim Konzept Gesamt- äh – Gemeinschaftsschule angekommen.

Es kann aber nicht die einzige bildungspolitische Frage sein, an welchem Standort Schulen erhalten werden können. Wenngleich *kurze Beine – kurze Wege* ein alter Grundsatz baden-württembergischer Schulpolitik ist. >>

Auf der Suche nach einer postbinären Bildungspolitik

Ausgangslage: Das Gymnasium ist seit Jahrzehnten eine postbinäre Zukunftswerkstatt, in der wir den schulischen Teil an Bildung und Erziehung an den uns anvertrauten und uns vertrauenden Schülerinnen und Schülern leisten. Vielfalt und Mehrperspektivität sind systemimmanent. Gerade der Ausgang von einer grundlegenden fachlichen Qualifikation von Lehrkräften und Schülerschaft bereitet den Weg für ein Erörtern, Beurteilen, Bewerten und Gestalten. Dabei gilt unter Lehrkräften wohl schon immer der Satz: *Die beste Methode ist der Wechsel der Methode!* Gleiches gilt für die Wahl von Sozialformen im Unterricht. Spätestens seit dem Fernlernen in der Coronahochphase wissen wir aber alle: Unterricht ist mehr als die Summe seiner Teile Inhalt, Ort und Akteure. Unterricht ist ein sozialer Prozess und Pädagogik ist und bleibt Beziehung! Eine Vereinzelung der Schülerinnen und Schüler – ob Zuhause oder in Lernateliers – beschneidet die Flügel der kindlichen Entwicklung. Der Mensch ist ein soziales Wesen und Bildung ein interaktiver Prozess.

Braucht postbinäre Bildung ein erneuertes Bildungskonzept? Sicher auch. Das heißt aber nicht, dass wir Bewährtes und Zeitloses über Bord werfen sollten. Wichtig ist, die richtigen Fragen zu stellen. Dabei kann die Frage, wie die Schule im Dorf bleiben kann, nur eine von vielen sein. Gewiss ist aber auch, dass es mehr als *eine* Antwort geben muss.

Eltern und Schülerschaft stimmen Jahr für Jahr für die Schulform Gymnasium. **Wir** sind schon lange eine 'GemeinschaftsSchule', denn bei uns finden sich in Relation die meisten Schülerinnen und Schüler wieder. Das ist ein großes und konstantes Lob, ausgesprochen von einer bunten Gesellschaft. Ob über Generationen vor Ort oder neu zugezogen, ob bildungsfern oder traditionell bürgerliches Milieu – wir sprechen die Breite der Gesellschaft an und leisten inklusive Bildungsarbeit. Dies schafft individuelle Lebenschancen und entlässt mündige Bürgerinnen und Bürger in ihr Erwachsenenleben. Und diese brauchen wir für eine pluralistische Demokratie – wie sie das Grundgesetz postuliert.

Digitalisierung, Dekarbonisierung, demographischer Wandel sind nur drei der großen Zukunftsaufgaben, die unsere Gesellschaft herausfordern. Unsere Aufgabe ist und bleibt es, kluge Köpfe klüger zu machen, kreative Geister zu entfesseln und kommunikative Brückenbauer mit ihrem Handwerkszeug auszustatten.

Wie wir dieser Aufgabe jetzt und in Zukunft gerecht werden, beschäftigt uns in unseren Arbeitskreisen und Vertreterversammlungen, in großen und kleinen Runden. Sie haben eine Haltung, Meinung, Gedanken zu diesen Fragen? Schreiben Sie uns: denkschule@phv-bw.de

Claudia Grimm, Referentin für Gleichstellung und Gleichberechtigung für den Landesvorstand des PhV BW

Der PhV ist vertreten bei ...

... der Personalversammlung des IBBW

Am 27. April 2023 fand am Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg (IBBW) eine Personalversammlung statt, bei der auch die Verbände und Gewerkschaften eingeladen waren, um sich mit einem Beitrag vorzustellen. Nach einem Informationsblock durch den IBBW-Direktor Dr. Günter Klein, dem Rechenschaftsbericht des IBBW-Personalratsvorsitzenden Dr. Johannes Schult und verschiedenen innerbetrieblichen Diskussionsthemen konnten die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Verbände ihre Grußworte an die Versammlung richten und sich für den außerschulischen Bereich als starke Interessenvertretung präsentieren. Für den Philologenverband Baden-Württemberg übernahm die stellvertretende Landesvorsitzende Karin Fetzner diese Aufgabe.

Karin Fetzner

>> **Der BBW Beamtenbund Tarifunion ist in gemeinsamer Stärke vertreten bei der Personalversammlung des IBBW, *(v.l.n.r.:)* Dr. Johannes Schult (Personalratsvorsitzender am IBBW), Karin Fetzner (PhV BW), Petra Schoch (VBE) und Matthias Link (BLV)**

>> Die Frauen bei der Tagung

Frühjahrstagung der AG Frauen im DPhV

Unter der Leitung von Gabriela Kasigkeit tagte die Arbeitsgemeinschaft der Frauen im Deutschen Philologenverband (DPhV) vom 8. bis 11. März 2023 in Hamburg. Dabei tauschten sich die zahlreich erschienenen Vertreterinnen der Landesverbände zunächst über aktuelle personalrechtliche sowie berufs- und bildungspolitische Themen in den Bundesländern aus. Besonders betroffen machte die Schilderung der sachsen-anhaltinischen Kolleginnen zur sogenannten Vorgriffsstunde, die infolge des eklatanten Lehrkräftemangels eingeführt wurde.

Für eine nicht minder große Entrüstung sorgte der in Ostsachsen seit diesem Schuljahr praktizierte Hybrid-Unterricht, bei dem eine Lehrkraft online Schülerinnen und Schüler an zwei Schulstandorten unterrichtet. Obwohl diese Unterrichtsform als eine Möglichkeit gepriesen wird, auch in ländlichen Regionen ein breites Leistungskursangebot zur Verfügung stellen zu können, kritisierten die Kolleginnen die dafür fehlenden datenschutzrechtlichen Grundlagen und warnten erneut vor der Entgrenzung von Arbeits- und Freizeit.

Überdies wurde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Blick genommen. Sorge bereitete der bundesweit zunehmende Trend, Teilzeit nur noch bei zwingenden Gründen (Kinder unter 18 sowie pflegebedürftige Angehörige) zu gewähren. Ebenso mahnten die Landesvertreterinnen, den Beschäftigten ein *Sabbatical* trotz des Lehrkräftemangels weiterhin zu ermöglich, da es nicht nur ein attraktives Merkmal des Lehrerberufes ist, sondern zur Gesunderhaltung der Lehrkräfte beiträgt. Weiterhin thematisiert wurden aus dem Mutterschutzgesetz abzuleitende Regelungen für stillende Mütter sowie der vorzeitige Renteneintritt vieler Kolleginnen.

Der zweite Tag der Frühjahrstagung firmierte unter dem Thema ‘Genderstereotype im Kontext von Verbandsarbeit’. Als Gastredner konnte Prof. Dr. Matthias Spörrle, Wirtschaftspsychologe an der Universität Seeburg, gewonnen werden. In seinem Impulsvortrag beschrieb er zunächst das Kategorisieren als eine Vergröberung bzw. Vereinfachung – ja als funktionale und situationsabhängige Denkabkürzung, die uns Tag für Tag im Umgang mit vielfältigsten Eindrücken hilft. Dabei greifen wir auf Stereotypen zurück, die entweder *deskriptiv* sind, d.h. wertungsfrei beschreiben, wie jemand ist, oder *präskriptiv* werten, wie jemand zu sein hat. Überdies belegte Prof. Dr. Spörrle an Hand wissenschaftlicher Forschungsdaten die immer weiter voranschreitende *Individualisierung* der Gesellschaft, eine Entwicklung, die dem *Wir* oder *Kollektivismus* formal entgegensteht.

Im Anschluss an die Ausführungen des Wissenschaftlers wurden in verschiedenen Workshops Strategien unter anderem für die Mitgliedergewinnung abgeleitet. Um in einer Welt der »Ichlinge« diese für einen Berufsverband zu interessieren, ist es notwendig, mit Stereotypen von Verbandsarbeit zu brechen. Werden diese Denkabkürzungen nicht bedient, wird zur näheren Beschäftigung mit den Themen und Positionen der Verbände angeregt. Nur dabei kann deutlich gemacht werden, dass Berufsverbände auch individuelle Belange berücksichtigen, die Mitgliedschaft in einer solchen Interessenvertretung also Individualität nicht verhindert. Für Mitglieder sollten Verbände demnach »die Gruppe, in der du du sein kannst« sein, so Spörrle.

Im weiteren Verlauf der Frühjahrstagung führte die Vorsitzende, Gabriela Kasigkeit, zum Thema New Work im Bildungsbereich hin. Der Begriff *New Work* bezeichnet ein neues Verständnis von Arbeit, konkret die Wahrnehmung des Arbeitsplatzes als Ort der Selbstverwirklichung. Ein bestimmtes Arbeitsmodell wird dabei nicht favorisiert, jedoch gelten Freiheit, Eigenständigkeit, Sinnhaftigkeit und Inklusion als zentrale Elemente dieser Konzeption. New Work zielt folglich darauf ab, die Lebensqualität und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhöhen und ihnen mehr Freiraum für Selbstentfaltung und Entscheidungen zu geben. Die Vertreterinnen der Landesverbände waren sich einig, dass es durchaus wünschenswert wäre, die Ideen von New Work im Kontext schulischer Bildung anzuwenden, sie erörterten aber auch mögliche, daraus resultierende Risiken für die Beschäftigten.

Die vielfältigen thematischen Schwerpunkte der Frühjahrstagung ergänzend, wurde auch der ***Kongress ‘Fit und innovativ in der Schule’*** weiter konkretisiert. Die vom Deutschen Philologenverband, dem Verband der

>> Gabriela Kasigkeit und Prof. Dr. Matthias Spörrle

Gymnasiallehrkräfte, am **8. März 2024** in Berlin durchgeführte Veranstaltung soll informieren, fortbilden sowie kollegialen Austausch fördern und so einen Beitrag zur Gesunderhaltung der Kollegien leisten. Der Kongress bietet neben Impulsvorträgen praxisbezogene Workshops, die eine lösungsorientierte Auseinandersetzung mit der Thematik gestatten. Sie sind herzlich dazu eingeladen!

Dr. Teresa Eichelmann,
Philologenverband Sachsen – Referat Frauen

>> Martina Scherer vor der Elbphilharmonie

>> *(v.l.n.r.):* Prof. Dr. Peter Heusch, Cord Santelmann, Dr. Karin Broszat, Tina Stark und Thomas Speck. Es fehlt Ralf Scholl.

Gemeinsam sind wir stark!

Bildungsverbände im Beamtenbund arbeiten an gemeinsamen Zielen

Am 1. März 2023 traf sich die KBW (Kommission Bildung und Wissenschaft) des Beamtenbunds. Es wurden eine neue Vorsitzende gewählt sowie Ziele und Interessen definiert, die gemeinsam verfolgt werden sollen.

Nachdem Gerhard Brand vom VBE (Verband Bildung und Erziehung) den Vorsitz der KBW nach dem letzten Gewerkschaftstag des Beamtenbunds BW niedergelegt hatte, traf sich die KBW am 1. März 2023 auf Einladung des stellvertretenden KBW-Vorsitzenden Cord Santelmann in der Landesgeschäftsstelle des Philologenverbandes Baden-Württemberg, um die turnusgemäße KBW-Vorstandswahl durchzuführen und die weitere Zusammenarbeit zu organisieren.

Neuwahl des KBW-Vorstands

Anwesend waren neben Cord Santelmann auch Kai Rosenberger (BBW-Vorsitzender), Dr. Karin Broszat (Vorsitzende des Realschullehrerverbands RLV), Dirk Lederle (stellvertretender Vorsitzender des VBE), Ralf Scholl (Vorsitzender des PhV BW), Thomas Speck (Vorsitzender des Berufsschullehrerverbands BLV), Tina Stark (BLV/Landesleitung BBW) und Prof. Dr. Peter Heusch (Landesvorsitzender des Verbands Hochschule und Wissenschaft vhw).

Kai Rosenberger beschrieb die Funktion und den Nutzen der KBW, die verbandsübergreifend gemeinsame bildungs- und berufspolitische Positionen und Forderungen für den BBW entwickelt, damit der BBW diese öffentlichkeitswirksam vertreten kann. Rosenberger dankte dem langjährigen KBW-Vorsitzenden Gerhard Brand für sein Engagement in der KBW.

In der anschließenden Vorstandswahl wurden folgende Ämter besetzt: **Tina Stark** wurde zur KBW-Vorsitzenden, **Cord Santelmann** zum stellvertretenden Vorsitzenden und Protokollanten der KBW gewählt.

Nachwuchsgewinnung im Schul- und Hochschulbereich

In intensiven Diskussionen wurden dann in verschiedenen Themenbereichen gemeinsame Interessen und Positionen definiert, vor allem, was die aktuelle Diskussion um den Lehrermangel im Schul- und Hochschulbereich und mögliche Gegenmaßnahmen betrifft. In der nächsten Sitzung, die für den 9. Mai 2023 vereinbart wurde, sollen unter anderem die Themen ‘Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte’ und ‘G9-Diskussion und G9-Volksantrag’ behandelt werden. Die KBW will weiterhin die Kräfte der Bildungsverbände im BBW bündeln, die gemeinsam die Interessen von über 50 000 Mitgliedern in der Beamtenbund-Familie vertreten.

Cord Santelmann, stellvertretender Vorsizender der KBW, Mitglied im Landesvorstand des PhV BW

>> Die Moderation beim Kongress des Kultusministeriums

KM-Kongress zur Neugestaltung

‘Übergang Schule-Beruf 2023’

Schwerpunkt Berufliche Orientierung

Dieser zahlreich besuchte Kongress am 27. Februar 2023 in Stuttgart legte den Fokus auf die berufliche Orientierung in allen Schularten. Wie entwickeln junge Menschen die Kompetenz, sich für ein Berufsfeld zu entscheiden, wie helfen praktische Erfahrungen dabei, wie können welche Akteure zu einer guten und fundierten Orientierung beitragen?

Bei einer Podiumsdiskussion mit Ministerin Theresa Schopper, Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Vertreterinnen und Vertretern von IHK und Bundesagentur für Arbeit und einer Erziehungswissenschaftlerin mit Schwerpunkt Berufsorientierung wurde betont, dass die Jugendlichen emotionale Erfahrungen und Praktika in den verschiedensten Bereichen machen sollten, um genügend Informationen zu haben, die zu einer tragfähigen Entscheidung führen. Die Vielfalt von 324 Ausbildungsberufen und über 11 000 Studiengängen sei sonst unüberschaubar, auch für die Eltern, die bei der Berufswahl oft eine große Rolle spielen. Daher sei es unabdingbar, dass alle Schulen – betont wurde: auch die allgemeinbildenden Gymnasien – sich diese Aufgabe zu eigen machten. Aktuell gebe es über 11 000 freie Ausbildungsstellen, viele Betriebe suchten händeringend Auszubildende, natürlich mit den notwendigen Kompetenzen, die für die Berufsausbildung qualifizieren. Örtliche Vernetzungen mit regionalen Betrieben, Verwaltung und Partnerschaften der Schule seien sehr hilfreich für das Vorhaben.

>> Karin Fetzner mit dem Landeselternbeauftragten Michael Mittelstaedt

Begleitend hatten verschiedene Institutionen Stände mit Materialien als ‘Markt der Möglichkeiten’ aufgebaut.

Am Nachmittag konnte man an diversen Foren und Workshops teilnehmen, exemplarisch sind hier nur einige Beispiele genannt:

- Regionale Netzwerke vernetzen – gelingende Übergänge als gemeinsame Aufgabe
- Lernende für Berufliche Orientierung begeistern – Motivation als Schlüssel zum Erfolg
- Ausbildung mit Zukunft – Nachhaltigkeit und Klimaschutz im Handwerk
- Schneller, höher, weiter – Berufliche Orientierung für Leistungsstarke
- Das richtige Praktikum zur richtigen Zeit – Praxiserfahrungen wirksam gestalten

Diese gemeinsame Veranstaltung von Kultus- und Wirtschaftsministerium im Haus der Wirtschaft hat sicherlich den vielen Gästen einige interessante Impulse geben können – ob der große Aufwand des Kongresses nachhaltige Wirkung zeigen wird, wird man in der Zukunft sehen.

Weitere Informationen und Links für Interessierte siehe hier:

https://wm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse-und-oeffentlichkeitsarbeit/pressemitteilung/pid/berufliche-orientierung-muss-weiter-verbessert-werden

Karin Fetzner

Thema aktuell

heute: SPD

Duale Ausbildung hat goldenen Boden – bereiten unsere Gymnasien hierauf ausreichend vor?

von **Dr. Stefan Fulst-Blei, MdL**

Der Fachkräftemangel in Deutschland erstreckt sich auf viele Bereiche. Auch in vielen Berufsfeldern mit dualer Ausbildung, einem international geschätzten Erfolgsmodell und Grundpfeiler der deutschen Volkswirtschaft, verschärft sich diesbezüglich die Situation immer weiter. Dies führt auch dazu, dass Fachkräfte unter anderem in Bereichen des Handwerks aufgrund des Personalmangels zunehmend noch höhere Gehälter verlangen können. Handwerk hat »goldenen Boden«.

Dies erhöht die Möglichkeit, dass das Durchschnittseinkommen einer Person mit beruflicher Ausbildung höher liegt als jenes einer Person mit akademischem Abschluss. Zugleich werden die Anforderungen, etwa mit Blick auf den wachsenden Einsatz digitaler Arbeitsmittel, auch in klassischen Ausbildungsberufen zunehmend komplexer. So fällt übrigens im internationalen Vergleich auf, dass zahlreiche Elemente der dualen Ausbildung sowohl hinsichtlich der Themen als auch des Niveaus in anderen Ländern Teil der akademischen Ausbildung sind. Beispiel ist hier zum Beispiel die Kosten- und Leistungsrechnung im Bereich der kaufmännischen Ausbildungen. Die duale Ausbildung umfasst also anspruchsvolle inhaltliche Elemente, die auch für Absolventinnen und Absolventen mit Abitur interessant und fordernd sein können. Sie bildet eine Grundlage für eine weitere berufliche Karriere, die nicht zuletzt mit Blick auf das Handwerk beste monetäre Aussichten sowie Weiterbildungsperspektiven inklusive der Option zur Gründung eines eigenen Unternehmens umfasst. Viele Abiturientinnen und Abiturienten, die diesen Weg eingeschlagen haben, konnten dies bereits realisieren. 28 Prozent der Absolventinnen und Absolventen einer dualen Ausbildung verfügen heute bereits über eine Fachhochschul-/Hochschulreife. Die Gymnasien sind mit den Realschulen somit ‘Hauptzubringerschulen’ für die weitere nichtakademische berufliche Bildung.

Im Widerspruch steht dies zu den immer wieder artikulierten Klagen von Abiturientinnen und Abiturienten, dass diese im Rahmen der beruflichen Orientierung an den Gymnasien zu wenig Informationen über die Möglichkeiten einer Berufsausbildung erhalten. Ebenfalls klagen etwa die Kammern regelmäßig darüber, dass Studieninhalte noch immer ein deutlich größeres Gewicht in der Informationsvermittlung erhalten als die berufliche Ausbildung. Der Ruf nach einer größeren Verbindlichkeit, einer Gleichberechtigung der Zielsetzung ‘Vorbereitung auf ein Studium’ sowie ‘Vorbereitung auf eine berufliche Ausbildung’, wird entsprechend immer lauter. Dies aufgreifend hat die SPD-Landtagsfraktion nach ihrem Ausbildungsgipfel 2022 die parlamentarische Initiative ergriffen und eine Änderung des Schulgesetzes eingebracht. Konkret geht es um § 8, Abs. 1 SchulG, welche das oberste Bildungsziel der Gymnasien festlegt. Dieses umfasst bislang ‘nur’ die Studierfähigkeit, während die Vorbereitung auf eine berufliche Ausbildung unverbindlicher in Absatz 3 geregelt ist. Ziel der SPD-Initiative war es, sowohl auf die Studierfähigkeit als auch auf die berufliche Ausbildung gleichwertig hinzuführen. Die parlamentarische Anhörung hat dabei ein bemerkenswertes Ergebnis erbracht: Auf breiter Basis von Landesschülerbeirat über Unternehmensverbände und Gewerkschaften wurde der Vorschlag umfassend als sinnvoll unterstützt. Gleichwohl fand er als Oppositionsvorstoß im Parlament keine Mehrheit. Immerhin erkannten die Regierungsfraktionen an, dass es an dieser Stelle zu einer Verbesserung in der Umsetzung kommen muss. Dies ist für mich sowohl mit Blick auf Transparenz und Chancengerechtigkeit von Relevanz als auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Letzten Endes entspricht es meinem Bild von jungen und mündigen Menschen, die auf Grundlage solider Kenntnisse ihre Entscheidung über ihren weiteren Lebensweg treffen können. Seitens der Stakeholder, die sich im Rahmen der Anhörung geäußert haben, nahm am Ende alleine der Philologenverband eine ablehnende Haltung ein. Ich halte dies, bei allem Respekt, für einen Fehler und würde mir wünschen, wenn der PhV hier zu einer anderen Bewertung kommen würde. Wir brauchen eine größere Verbindlichkeit in der Vermittlung von Anschlussoptionen nach dem Abschluss am Gymnasium.

Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR

Jörg Sobora, Vorsitzender | Andrea Pilz, Vorstandsmitglied | Ralf Scholl | Ursula Kampf, stellvertr. Vorsitzende | Anne-Elise Kiehn | Martin Brenner

Anne Käßbohrer | Cord Santelmann | Christian Unger | Björn Sieper | Stefanie Wölz | Konrad Oberdörfer

Für Sie im HPR außerschulischer Bereich

Michael Belz

Der PhV im HPR und HPR asB

phv BW Philologenverband Baden-Württemberg

Prozess der Ziel- und Leistungsvereinbarungen (ZLV)

Der HPR Gymnasien hatte dem Prozess der Ziel- und Leistungsvereinbarungen nicht zugestimmt. Er hatte vor allem Bedenken, weil die Schulen weder für die Organisation/Verwaltung des Prozesses Anrechnungsstunden bekommen sollen, noch zusätzliche Ressourcen für eventuell festgestellte zusätzliche Förderbedarfe.

Deshalb ist das Kultusministerium in eine Einigungsstelle gegangen, die dann festgestellt hat, dass die momentan bekannten Maßnahmen keine konkreten Maßnahmen darstellten, und deshalb gar kein Mitbestimmungsrecht bestehe.

Das Kultusministerium sicherte aber zu, dass die Hauptpersonalräte in einer Begleitgruppe mitwirken können, die den Prozess begleiten und evaluieren soll. Die Empfehlungen dieser Gruppe sollen auch in die Ausarbeitung der Rechtsverordnung fließen, mit der die Einführung des Prozesses der Ziel- und Leistungsvereinbarungen erfolgen soll.

Der HPR Gymnasien wird die Einführung der ZLV sehr kritisch begleiten und versuchen, wo immer möglich, Zusatzbelastungen und Mehraufwand für die Kolleginnen und Kollegen zu vermeiden oder zumindest auf ein Minimum zu beschränken.

Ein ursprünglich geplantes Beschlussverfahren zum schulischen Datenblatt wird der HPR Gymnasien allerdings nicht weiterverfolgen, da die Erfolgsaussichten für ein solches Verfahren in der Einigungsstelle als gering eingeschätzt wurden.

Lernmanagementsystem itslearning an den Gymnasien

Das Kultusministerium hat gegenüber dem Hauptpersonalrat Gymnasien seine Auffassung bekräftigt, dass die Gymnasien das vom KM zur Verfügung gestellte, freiwillige Angebot nutzen können, wenn der jeweilige Örtliche Personalrat der Einführung zustimmt. Der HPR Gymnasien sieht sich nach wie vor in der Beteiligung und möchte das vom Kultusministerium verneinte Beteiligungsrecht gerichtlich überprüfen lassen.

Hauptwahlvorstand hat sich konstituiert

Der Hauptwahlvorstand für die Personalratswahlen an den Gymnasien 2024 hat sich vor kurzem konstituiert. Vorsitzender des HWV ist Dominik Diemer. Stellvertretender Vorsitzender ist Patrick Dengler. Weiteres Mitglied des HWV ist Jürgen Harich.

Fortführung der Lehrkräftecoaching-Gruppen nach dem Freiburger Modell

Der HPR Gymnasien hat der Fortführung der Lehrkräftecoaching-Gruppen nach dem Freiburger Modell bis 2025 zugestimmt und somit einem der wenigen ganz konkreten Unterstützungsangebote im Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz eine Existenz auch über das Jahr 2023 hinaus ermöglicht.

A 1-Bescheinigungen

Der HPR Gymnasien hatte sich beim KM dafür stark gemacht, dass dieses sich dafür einsetzt, dass die A 1-Bescheinigung bei Dienstreisen ins europäische Ausland für Lehrkräfte abgeschafft wird. Leider konnten wir das nicht erreichen. Jetzt erreichte den HPR Gymnasien aber eine Information des LBV, die hier auf Grund der Wichtigkeit und Relevanz, insbesondere für Lehrkräfte, die Studienfahrten, Austausche, Klassenfahrten und andere Dienstreisen durchführen, aufgeführt wird:

»Für dienstliche Entsendungen in einen anderen EU-Mitgliedstaat, sowie Island, Liechtenstein, Norwegen, der Schweiz, den Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland benötigen Beschäftigte des Landes nach der

EU-Verordnung 833/2004 eine sogenannte A1-Bescheinigung über die Weitergeltung inländischer, deutscher Sozialversicherungsvorschriften.

Diese wird für die Beschäftigten auf elektronischem Wege beim zuständigen Träger (Krankenkasse, Deutsche Rentenversicherung oder DVKA) beantragt und nach Erteilung dem Beschäftigten in das Kundenportal gestellt sowie postalisch zugeschickt. Die Bearbeitung erfolgt jeweils in Sonderbereichen der Abteilungen 3 (für Beamte) und 4 (für Tarifbeschäftigte) im LBV. Wir empfehlen die Mitführung der A1-Bescheinigung als Nachweis bei etwaigen Kontrollen im Ausland. Nach Rücksprache mit den zuständigen Trägern bestehen praktische Erleichterungen bei der Antragstellung. So gibt es die Möglichkeit, Bescheinigungen für einen ***Zeitraum von bis zu fünf Jahren für ein, mehrere oder auch sämtliche EWR-Länder*** *zu beantragen (sogenannte 5-Jahres-Bescheinigung). Dies bietet sich insbesondere für Beschäftigte an, die häufiger oder turnusmäßig wiederkehrend in den EWR-Raum entsandt werden. Weitere Anträge in diesem Zeitraum sind dann nicht mehr erforderlich und führen zu einer erheblichen Reduzierung des Bearbeitungsaufwandes bei den Dienststellen und im LBV.«*

Schreiben des LBV an die Dienststellen des Landes Baden-Württemberg vom 17. Februar 2023

Mündliche Abiturprüfung-Prüflinge aus unterschiedlichen Kursen

Der Facherlass führt aus, dass eine »Aufgabe für bis zu drei Prüflinge verwendet werden [kann], die unmittelbar nacheinander geprüft werden«. Dies ist grundsätzlich unabhängig davon, ob es sich bei diesen bis zu drei Prüflingen um Schülerinnen und Schüler aus einem oder mehreren Kursen handelt. Eine Prüfung von Prüflingen aus unterschiedlichen Kursen im Rahmen der mündlichen Abiturprüfung gem. Abschnitt II A, Ziffer 2.2 des Facherlasses ist also möglich.

Jörg Sobora

Neuwahlen des BPR am ZSL

Nun ist er also zurückgetreten, mit Wirkung vom 29. März 2023 hat der BPR ZSL geschlossen seinen Rücktritt erklärt. Dieser Schritt wurde notwendig, da die Wahlanfechtungen mehrerer Parteien gegen die Wahl so erfolgreich waren, dass zu befürchten stand, dass die Wahl vom VG Stuttgart für nichtig erklärt worden wäre. Für die Personalvertretung der ‘Supergau’, hätte in diesem Falle doch mit den gleichen Wählerlisten nochmals gewählt werden müssen. Das hätte unweigerlich wieder zu einer ungültigen Wahl geführt.

Durch den Rücktritt wird nun der Weg für Neuwahlen frei. Bei korrekter Anwendung des Beschäftigtenbegriffs sollte es nunmehr möglich sein, alle wahlberechtigten Beschäftigten auch tatsächlich zur Wahl zuzulassen. Damit besteht zumindest eine Chance, diesmal korrekt zu wählen.

Problematisch wird das Ganze trotzdem. Wahlberechtigt sind nach gängiger Auslegung des LPVG alle Beschäftigten des ZSL und der nachgeordneten Dienststellen. Da das ZSL außer den Seminaren keine weiteren nachgeordneten Dienststellen besitzt, dürfen also die rund 1500 Beschäftigten der Seminare und die rund 5000 Beschäftigten des ZSL wählen.

Betrachtet man allerdings das Aufgabenspektrum, für welches der BPR ZSL nach der Wahl zuständig sein wird, so erkennt man hier unschwer ein massives Ungleichgewicht. Zuständig ist der BPR ZSL nämlich ausschließlich für die Angelegenheiten der Seminare. Für die Angelegenheiten der direkt dem ZSL unterstellten Beschäftigten ist nämlich der ÖPR ZSL zuständig. Das bedeutet, rund 5000 Personen wählen einen Personalrat, der für ihre Interessen gar nicht zuständig ist. Ein Umstand, den man bei der Errichtung des ZSL offenbar nicht bedacht hatte. Da das ZSL im Unterschied zu den Regierungspräsidien landesweit Aufgaben übernimmt, entstehen die ‘Verwerfungen’. Streng genommen ist das ZSL nämlich mit keiner anderen Landesoberbehörde vergleichbar. Diesen Sonderfall hätte man besser im LPVG abbilden müssen.

Wahlvorbereitungen angelaufen

Um noch vor den Sommerferien wählen zu können, muss nun alles sehr schnell gehen. Mit der Veröffentlichung des Wählerverzeichnisses beginnt die Uhr zu ticken. Dann haben die Verbände nur noch wenige Tage Zeit, um eine Wahlliste einzureichen. Darauf möchte der PHV natürlich gut vorbereitet sein. Als strategischer Auftakt fand daher am 22. April 2023 in Pforzheim ein gemeinsames Treffen aller unter dem Dach des BBW zusammengeschlossenen Verbände statt. Dort wurden wesentliche Eckpfeiler für den anstehenden Wahlkampf abgesprochen und fixiert.

Für den PhV BW wird das bewährte Trio um Thomas Schwan, Sabine Hertweck und Michael Belz sich wieder um ein Mandat für den BPR ZSL bewerben. Die drei werden sich dann hoffentlich auch wieder in der kommenden Amtsperiode schwerpunktmäßig für die Interessen der Gymnasialseminare einsetzen können.

Unterstützen sie mit ihren Stimmen die erfolgreiche Arbeit der BBW-Fraktion!

Michael Belz

Foto: Patric Kastner

>> Das bewährte Trio Thomas Schwan, Sabine Hertweck und Michael Belz vom HPR asB

... bei der Sitzung des Bundesausschusses des Deutschen Philologenverbandes in Berlin

>> Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing, Vorsitzende des DPhV, leitete die Sitzung, daneben Andreas Bartsch

Am 3. und 4. März 2023 fand im Hotel MOA in Berlin wieder eine BA-Sitzung statt, bei der ich den Philologenverband Baden-Württemberg vertreten durfte. In dieser engen Beratungsrunde trifft sich die Vorstandschaft des Deutschen Philologenverbandes (DPhV) mit je einer Vertretung aus den Landesverbänden, um aktuelle 'heiße Themen' zu diskutieren, Strategien zu entwickeln und sich gegenseitig Impulse und Anregungen zu geben.

Ein TOP mit echter Sprengkraft war der Vortrag von Prof. Dr. Harm Kuper von der FU Berlin, der bis zum Ende des Jahres 2022 Mitglied der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz war. Er stellte die Vorgeschichte der SWK vor, die aus dem 'Nationalen Bildungsrat als politikberatender Kommission' entstanden ist, der wiederum nach dem Vorbild des Wissenschaftsrats ab 1957 gebildet wurde. Die Aufgabe der SWK besteht in der Beratung der Länder, der Entwicklung der Qualität in der Bildungspolitik und der Schaffung von Transparenz bei all diesen Planungen. Zum Lehrkräftemangel und den Äußerungen der SWK, die auf die Behebung dieses Mangels abzielen, gab es – naturgemäß zu erwarten – sehr viel Kritik aus den Reihen des DPhV, die stellvertretend an Prof. Kuper gerichtet wurde. Tenor des Ganzen: Die SWK habe keinerlei Einblick in die reale Schulpraxis und sei in ihren Vorstellungen extrem ahnungslos, was wirklich vor Ort in den Schulen geleistet werde. Prof. Kuper stellt klar, dass es sich 'nur' um eine Stellungnahme der SWK mit Empfehlungen gehandelt habe, nicht um ein Strategiepapier, somit seien die Länder nicht daran gebunden. Prinzipiell wurde die Orientierung der Politik an der Wissenschaft für gut befunden, aber die Praxis müsse auch klaren Qualitätsanforderungen standhalten. Und hier wurde die nächste Kritik laut: Bei der Ländervereinbarung zu den Standards für Lehrerbildung wurde der Begriff 'Beurteilung' aus dem Aufgabenkatalog der Lehrkräfte gestrichen, stattdessen wurde an der Stelle 'Betreuung' eingefügt, was einen deutlichen Paradigmenwechsel darstellt, den wir am Gymnasium nicht gut finden können. Nach Ansicht des DPhV müssen bei der Betrachtung der Lehrerarbeitszeit endlich die zahlreichen Studien und auch das EuGH-Urteil zur Messung der Arbeitszeit Eingang finden! Ein Plan: Sollten wir in Zukunft von unserer Seite aus aktiv auf die SWK zugehen?

Viele andere Punkte fanden sich noch auf der Tagesordnung, unter anderem:

- Der DPhV hat einen neuen Pressesprecher, Friedrich Pohl, der sich vorgestellt hat.
- Aus verschiedenen Ländern wurden spezifische Probleme vorgestellt, insbesondere Sachsen-Anhalt, das mit einer zwangsweisen Vorgriffsstunde belastet ist.
- Zum Lehrermangel wollen wir zusammen mit dem DL Vorschläge erarbeiten, aber dabei auch aufpassen, dass wir nicht die Arbeit des Dienstherrn machen.
- Die verschiedenen Austausch- und Kommunikationswege zwischen den Ländern wie AGORA, Seminare und Fortbildungen wurden sehr positiv beurteilt.
- Es besteht der Wunsch, dass die Länder sich zur Verbandsentwicklung, Mitgliedergewinnung und –bindung viel mehr untereinander austauschen. Dazu soll auf der PhV-internen Austauschplattform ein Verzeichnis der Give-Aways mit Bezugsquellen und Preisen erstellt werden.
- Der Zugang zu dieser Austauschplattform soll pro Landesverband nicht mehr nur der Geschäftsführung, sondern auch zwei weiteren Personen aus dem engen Landesvorsitz ermöglicht werden. Dazu werden Zugänge erstellt, nachdem die Personen benannt sind.

Im Weiteren wurden die verschiedenen kommenden Termine kurz beschrieben.

Karin Fetzner

>> Die Teilnehmenden an der Sitzung des Bundesausschusses

Quo vadis Referendariat und Lehrerbildung?

Die Jungen Philologen auf Antwortsuche im Saarland

Für die einen ist das Referendariat die schönste Zeit des beruflichen Lebens, für die anderen die Hölle auf Erden. So stark unterschiedlich das Referendariat erlebt wird und wurde, so stark ist doch eine geteilte Hoffnung: Lehrerbildung soll zeitgemäße Methodik und tradierte, überzeitliche Inhalte vernünftig verknüpfen und in einem ausgewogenen Verhältnis der neuen Lehrergeneration nahebringen.

Doch wie sieht es mit den geplanten Änderungen und Reformen der Lehrerbildung in Deutschland aus?

In Saarbrücken ging es den Jungen Philologen zunächst darum, eine deutschlandweite Übersicht der grundstürzenden Änderungen zu erarbeiten. Dazu reisten 24 Vertreter der Jungen Philologen aus ganz Deutschland (für die Jungen Philologen im Philologenverband Baden-Württemberg war Maximilian Röhricht entsandt) zu ihrer turnusmäßigen Frühjahrestagung Anfang März an.

Welche Reformen sind geplant oder bereits durchgeführt?

Zwei radikale Beispiele:

Brandenburg: Referendariat-Länge soll unterschiedlich sein:

Nach der Reform: Im Extremfall hieße dies: nicht lehramtsbezogener Hochschulabschluss, Pädagogische Grundqualifikation (15 Monate), dann **berufsbegleitendes Studium eines 2. Fachs (– nota bene – 12 Monate)**, berufsbegleitender Vorbereitungsdienst (24 Monate, kann aber, bei guten Leistungen, auf 12 Monate verkürzt werden), dann die Staatsprüfung.

Problem: Fachliches Schmalspurstudium des 2. Fachs, verringerte Ausbildungszeit; offene Frage: Wird diese Maßnahme greifen? Kommen wirklich damit geeignete Kollegen an die Schulen? Geht das alles berufsbegleitend?

Thüringen:

Nach dem Studium ist man sowohl in der Regelschule als auch am Gymnasium (Tendenz des Einheitslehrer und der universitären Einheitsbildung) einsetzbar.

Problem: Fachlichkeit des Lehramts ist in Gefahr. Schlechter ausgebildete Lehrer könnten zu einem Run auf Privatschulen und zu einem Imageverlust des Gymnasiallehrers führen; außerdem: Wer tut sich im Studium dann den Schwerpunkt Gym. an, wenn für einen fachlich weniger fordernden Schwerpunkt im Ergebnis das Gleiche bezahlt wird?

Werden dann die besten Kolleginnen und Kollegen an die Privatschulen gehen, was die oben ausgeführte Situation verschlimmern würde?

Als zentrales Fazit blieb die Erkenntnis, dass die Bedingungen, auf allen Ebenen, sich deutlich verschlechtern werden: Kürzere universitäre Bildung, geringere Fachlichkeit durch scheinbare *Pädagogisierung* des Studiums, alles soll berufsbegleitend erfolgen, schlechtere Bezahlung (zum Beispiel A11 Lehrer am Gymnasium für Unter- und Mittelstufe).

Zusätzlich gab es die Möglichkeit, sich mit Sylvio Schaller (Referatsleiter Referat C 4 – Saarland) und Frau Burkert (Referat C 6 [unter anderem Lehrerbildung]) über die Situation im Saarland auszutauschen. Unter den vielen Themen wurde sich länger bei den Themen G9 und dem Mega-Trend Digitalisierung und der Ausstattung der Schulen mit digitalen Arbeitsgeräten aufgehalten.

Für Baden-Württemberg war besonders interessant, dass die neue Stundentafel G9 im Saarland (bei insgesamt 178 Wochenstunden) nur ein Plus von 19 Stunden gegenüber der alten G8-Stundentafel vorsieht, was dazu führt, dass einige Fächer (wie zum Beispiel Bio) zu einstündigen Fächern degradiert werden. Diese Entwicklung sollte sich in Baden-Württemberg, bei einer durch den Philologenverband Baden-Württemberg angestrebten, aber noch nicht erreichten

>> Frau Burkert, zweite von links, und Sylvio Schaller, dritter von links, vom Referat C beim Austausch mit den JuPhi

Wiedereinführung von G9 nicht wiederholen.

Ein weiteres Thema war: Wie können wir den Lehrerberuf generell attraktiver machen, um dem Lehrkräftemangel zu begegnen? Sylvio Schaller schlug daraufhin folgende mögliche Schritte vor:

1. Vermittlung eines positiven Berufsbildes; Imagekampagnen
2. Schnuppertage an Schulen und Universitäten für Schüler, die den Lehrerberuf erleben (Teacher's Day) und ihn dann in der Folge studieren sollen
3. Höhere Praxisbezogenheit während der universitären Lehrerbildung (konkret: mehr Zeit in den Schulen; aber: dabei darf auf keinen Fall die fachwissenschaftliche Bildung beeinträchtigt werden)

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bundesversammlung schlugen überdies folgende Maßnahmen vor: Eine attraktive Deputatsstundenzahl (23 Stunden volles Deputat), höhere Flexibilität der Stundenpläne der Lehrer (zum Beispiel einen freien Tag pro Woche), Zurverfügungstellung einer ausreichenden A14- und A15-Stellenzahl und eine sich an Bayern orientierende Bezahlung – auch, was das Weihnachtsgeld angeht.

Alle Bundesländer werden sich überlegen müssen, wie sie den Lehrerberuf wieder attraktiver machen können. Der Lehrermangel am Gymnasium wird sich in den nächsten Jahren verschärfen (nicht nur in den Mangelfächern) und ein Wettstreit um die fähigsten Lehrer hat bereits begonnen, was für die kleineren Bundesländer (Haushaltssituation) eine noch größere Herausforderung darstellen wird.

Wie kann eine faire Lösung für ganz Deutschland aussehen? Diese Frage muss dringend geklärt werden. Die einzig gute Nachricht für Baden-Württemberg ist, dass wir, aufgrund unserer föderalen Finanzlage, für den drohenden Lehrkräfte-Bieterwettstreit nicht schlecht aufgestellt sind.

Maximilian Röhricht

... dem Gymnasialreferat des Kultusministeriums

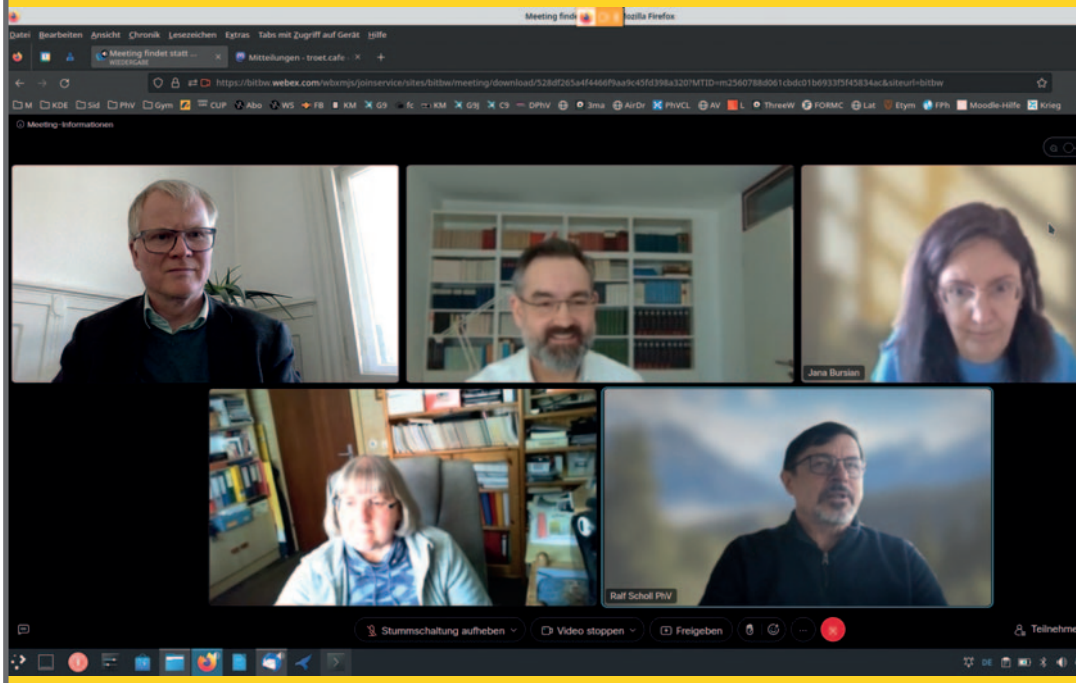
Der Philologenverband Baden-Württemberg führt regelmäßig Gespräche mit maßgeblichen Verantwortlichen aus der Schulverwaltung. In diesem Rahmen fand am 1. März (auf Bitte von Jan Wohlgemuth kurzfristig als Videokonferenz durchgeführt) eine Besprechung statt, an der vonseiten des Kultusministeriums Jana Bursian, Thomas Menzel und Jan Wohlgemuth teilnahmen und vom Philologenverband Karin Fetzner, Cord Santelmann und Ralf Scholl.

Eine Reihe von Themen wurde angesprochen:

- Neue AGVO (Anhörungsende und sofort danach Pressemitteilung des Kultusministeriums, Stunden für Gemeinschaftskunde/Geographie im Basisfach-Abitur, NwT als volle Naturwissenschaft?)
- Aktuelle Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz zu Oberstufe und Abitur
- Fehlende A14-Beförderungsstellen -> dringender Handlungsbedarf (Pensionierungszahlen 2022 bis 2032, Stellenverlagerungen in den GMS-Bereich)
- Bildungspläne 2026: Stand?

Dabei wurde klar, dass unsere Sicht auf viele Probleme und Baustellen von den Verantwortlichen im Kultusministerium durchaus verstanden und oftmals sogar auch geteilt wird, aber sehr oft kein Spielraum für nachhaltige, zielführende Lösungen bleibt: Wesentliche Entscheidungen, Änderungen oder Verbesserungen werden wegen mangelnder Ressourcen unmöglich gemacht. Das Finanzministerium bzw. die Haushaltsbeschlüsse im Landtag setzen ganz andere Prioritäten – trotz der sehr oft vorgetragenen Beteuerungen der Politiker, dass die Bildung unserer Kinder die wichtigste Ressource des Landes für die Zukunft sei. Manche unserer Anliegen, wie zum Beispiel Stellenhebungen bei A14, wurden vom Kultusministerium schon gar nicht beantragt – hier sind sehr dicke Bretter zu bohren, um die Attraktivität des Lehrkräfteberufs in den nächsten Jahren zu erhalten. Der Philologenverband Baden-Württemberg bleibt dran!!

Karin Fetzner



>> Die Teilnehmenden an der Videokonferenz: Cord Santelmann, Jan Wohlgemuth, Jana Bursian, Karin Fetzner und Ralf Scholl

Foto: thauwald-pictures/AdobeStock

Vom fragwürdigen Umgang mit Antisemitismus

Fast 600 Seiten stark ist die Studie von Julia Bernstein: 'Antisemitismus an Schulen in Deutschland' (2020). Stellen Sie sich diese aktuellen Ereignisse vor:

1) Schülerinnen und Schüler thematisieren auf Klassenzimmertischen eingeritzte Hakenkreuze. Die Lehrkraft fragt nur, ob es mehr sind als an Bushaltestellen, und untersagt ein Projekt dazu. Jugendliche 'lernen' hier: Antisemitismus wird relativiert und als unabänderlich hingenommen, ihn sichtbar zu machen, wird unterdrückt und Wegschauen als zu akzeptierender regulärer Umgang vorgegeben.
2) Eine Lehrkraft benennt ein antisemitisches Ereignis und man hält ihr vor, sie 'spüre Antisemitismus auf'. Diese Kennzeichnung assoziiert diese Person stigmatisierend mit Tieren. Das ist ein Merkmal antisemitischer Herabsetzung. Zudem bestreitet man deren Wahrnehmungsfähigkeit und setzt die eigene Definitionsmacht der Wirklichkeit als frei von Judenhass durch. Dadurch schafft man eine angstvolle, Andersdenkende einschüchternde Schulatmosphäre – nicht für (angehende) Antisemitinnen und Antisemiten, sondern für alle anderen.
3) Eine jüdische Lehrkraft bittet die Schulleitung, etwas wegen des an die Tafel gemalten Hakenkreuzes zu unternehmen. Die Schulleitung will daraus 'keine Geschichte' machen. Wer dies mit der Aussage verbindet, sie sei wegen ihrer Religion sehr sensibel – so als ob Antisemitismus nicht vor allem ein Thema der nichtjüdischen Bevölkerung sein sollte – diskreditiert Jüdinnen und Juden wegen ihrer angeblichen Überempfindlichkeit. Damit wird ein Muster reproduziert, das in der oben genannten Antisemitismus-Studie als typisch bekannt und nicht selten ist.
4) Manche Schulleitungen informieren die vorgesetzte Behörde über antisemitische Ereignisse und müssen sich danach rechtfertigen, was an der Schule los sei. Diese Aufforderung konterkariert die in der Studie konstatierte Normalität von Antisemitismus an Schulen und spiegelt den Konsens in der Mitte der Gesellschaft von öffentlicher Distanzierung, Antisemitismus und gleichzeitiger schuldabwehrender Verleugnung derselben im eigenen Bereich wider.

Die Bundesrepublik Deutschland hat hingegen die Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance übernommen. Danach ist Antisemitismus eine Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass ihnen gegenüber in Wort oder Tat richtet. Die Wirkung der Übernahme des NS-Erbes in Hakenkreuz und auch im Hitlergruß ist mithin entscheidend für die Wucht

des Angriffes, nicht die oft anzutreffende Verharmlosung als Ausdruck der Pubertät oder von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Problemen. Auch wenn diejenigen, die jenseits einer provokativen Ebene das Tabu thematisieren, soziale und familiäre Probleme haben – wer damit antisemitische Handlungen 'rechtfertigt', behandelt sie inadäquat. Man produziert so – nicht nur singulär - aus der falschen Akzeptanz dieser Taten überzeugte Antisemitinnen und Antisemiten. Einzelne Handlungen machen noch keinen antisemitischen Jugendlichen aus. Das ändert sich, wenn man nicht klar eingreift. Wird der Judenhass noch relativiert und aktiv verdrängt, sind die Konsequenzen im Wortsinn furchtbar: Jüdinnen und Juden werden weiterhin dieser Gewalt ausgeliefert und ausgegrenzt. Man demonstriert ihnen die Unglaubwürdigkeit von Nulltoleranz-Sätzen. Zeitgleich erleben alle Beteiligten, wie leicht es ist, mit Macht und Hierarchie die proklamierte Leitlinie, zu einer klaren Haltung pro Demokratie und gegen jede Form von Antisemitismus zu erziehen, all ihrer Wirkmacht beraubt, ja sogar ins Gegenteil verkehrt wird. Eine friedvolle Schulatmosphäre wird so unmöglich – von der erzieherischen Wirkung auf die Schülerinnen und Schüler ganz abgesehen.

Diese Beispiele sind keine Ausnahme, auch wenn es mancherorts zielgerichtete Projekte gibt. Darum haben wir ein grundsätzliches Problem damit, wie es sich im System Schule wirklich mit dem 'Nie-Wieder' verhält und zwar jenseits aller Probleme. In der Akzeptanz von Hakenkreuz und Hitlergruß zeigt sich nicht nur in der Außenwirkung die Kontinuität jenes Geistes, den wir vorgeben, überwunden zu haben.

Der Philologenverband muss sich öffentlich positionieren und die Personalräte entsprechend schulen; dabei muss deutlich werden: Das Sichtbarmachen von Judenhass darf nicht erschwert werden; ein Perspektivwechsel nichtjüdischer Menschen ist angesagt: Die Präsenz des NS-Erbes erinnert Nachfahren der Zielscheiben an die mörderische Aggression und droht ihnen und deren weitere Adressaten heute dasselbe an.

Wollen wir warten bis die Namen von Bekannten – ob jüdisch oder dafür gehalten – im Zusammenhang mit einem Angriff auf eine Synagoge und/oder in unseren Schulen auftauchen? Werden wir dann alle beteuern, wie überrascht wir sind? Damit entlarven wir unsere pädagogische Arbeit als den eigenen Ansprüchen nicht genügend.

Norbert Schmeiser

didacta 2023 in Stuttgart

Ein großes Dankeschön an unsere freiwilligen Helferinnen und Helfer, wir danken euch für euren Teamgeist an unserem Stand!

phv BW
Philologenverband
Baden-Württemberg

Der phv trifft...

... Alena Trauschel (FDP)

... Volker Schebesta (CDU)

... Ministerin Schopper

... Dr. Karin Broszat (RLV)

... Jürgen Böhm (VDR)

... der Kultusministerin

Am 29. März 2023 konnte wieder in Präsenz ein Gespräch des Philologenverbandes Baden-Württemberg mit dem Kultusministerium stattfinden. Das Kultusministerium war repräsentiert durch die Ministerin Theresa Schopper, Claudia Stuhrmann (Leitung des Gymnasialreferats), Jan Wohlgemuth (stellvertretender Referatsleiter Gymnasien) und Stefan Frank. Der Philologenverband Baden-Württemberg wurde durch Ralf Scholl, Karin Fetzner, Thomas Schwan und Stefanie Wölz vertreten.

Aus aktuellem Anlass kamen unter anderem die folgenden Themen zur Sprache:

- Die dringliche Notwendigkeit, die neue AGVO in ihrer Endfassung an die Schulen zu übermitteln, weil ansonsten die Kurswahl und die Oberstufenberatung fehlerhaft sein können.
- Die Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz zur länderübergreifenden Gleichwertigkeit des Abiturs.
- Die Frage nach neuen Bildungsplänen: Es ist nicht vorgesehen, komplette Neufassungen zu erstellen, in Deutsch, Mathematik und im digitalen Bereich wurde schon gearbeitet, in anderen Fächern wird »adaptiv angepasst«, wo es notwendig ist. Wir vom Philologenverband Baden-Württemberg bitten darum und bieten an, die Fach-Expertise des Philologenverbandes Baden-Württemberg im gymnasialen Bereich einzubinden, wenn an den Bildungsplänen gearbeitet wird.
- Zuständigkeiten zwischen Schulverwaltung und Schulträgern bei der digitalen Ausrüstung und Administration, hier besteht immer noch Klärungsbedarf. Der Philologenverband Baden-Württemberg weist dezidiert darauf hin, dass insbesondere auch die Seminare bei der digitalen Ausrüstung und den Finanzen unterversorgt sind.
- Das rechtskonforme Schulkonto für Gelder bei außerunterrichtlichen Veranstaltungen soll auch in Baden-Württemberg endlich kommen – Vorbild Sachsen. Der Philologenverband Baden-Württemberg hat die Problematik der eigentlich rechtswidrigen, aber bisher alternativlosen Verwendung privater Konten für dienstliche Zwecke schon oft im Kultusministerium angesprochen und eine Lösung des Dienstherrn eingefordert.
- Anregung des Philologenverbandes Baden-Württemberg: Zur Motivation, Stunden aufzustocken, bei Teilzeit-Lehrkräften mit kleinen Kindern wäre eine Kooperation mit schulnahen Kitas (oder bei großen Schulzentren eine eigene Kita) hilfreich, denn mit einem Recht auf einen Platz in der Nähe der Schule und mit an den Unterricht angepassten Öffnungszeiten könnten sich viele Eltern leichter vorstellen, ein höheres Deputat zu leisten.
- Eine weitere Anregung: Die rechtliche Absicherung von manchen Konferenzen (zum Beispiel Fachkonferenzen usw.) in hybrider Form würde es ebenfalls erleichtern, dass die Übernahme von mehr Stunden durchführbar wird.
- Schließlich wurde die Stärkung der Gesellschaftswissenschaften durch das freiwillige Belegen zweier zusätzlicher Halbjahre angesprochen. Die Herausforderungen bei der Umsetzung in der Praxis und die konkreten Auswirkungen für die beiden direkt betroffenen Fächer Geographie und Gemeinschaftskunde werden, so kamen die Gesprächspartner überein, Gegenstand des nächsten Austauschs sein.

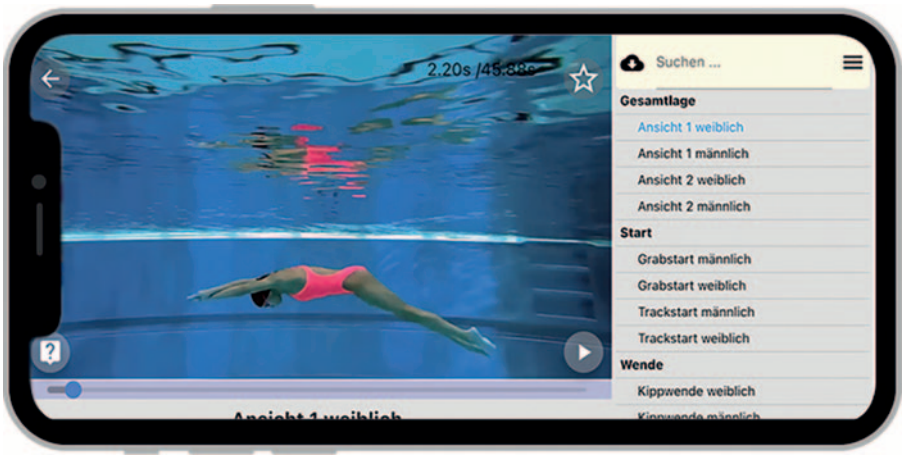
Die Gespräche des Philologenverbandes Baden-Württemberg mit der Amtsspitze werden beiderseits als nutzbringend und hilfreich betrachtet, sie dienen der Information aus der Basis an den Schulen und für die Basis und werden gerne fortgesetzt.

Karin Fetzner

>> *v.l.n.r.:* Stefanie Wölz, Ralf Scholl, Karin Fetzner, Thomas Schwan, Theresa Schopper, Jan Wohlgemuth, Claudia Stuhrmann

Von der Idee bis zum Release:

Die ‘SchulsportApp BW’



»Wie sieht nochmal eine Kreishockwende am Barren aus?« – so oder so ähnlich kamen viele Sportkolleginnen und -kollegen in der Sportabitur-Vorbereitung auf Yannick Weislogel zu, der als ehemaliger Kunstturner wusste, was sich hinter den fachterminologischen Begriffen verbirgt. »Da man selten einen Barren im Lehrerzimmer hat, habe ich oft mit Worten versucht, die Bewegung zu beschreiben – meist mit nur mäßigem Erfolg«, erinnert sich Weislogel zurück. Videos zu den Turnelementen waren zwar teilweise auf YouTube zu finden, meist aber von schlechter inhaltlicher Qualität. Zudem konnten sie in der Sporthalle nicht benutzt werden, da es dort kein WLAN gab. Dem technikaffinen Sportlehrer kam daraufhin 2017 die Idee, eine App zu entwickeln, mit der man immer und von überall aus, auf die Prüfungsinhalte im Geräteturnen zugreifen konnte.

Nachdem zwei befreundete App-Entwickler die Programmierung an der App abbrachen, konnte Anfang 2018 das Institut für Sport und Sportwissenschaft (IfSS) in Karlsruhe von der Idee überzeugt werden. Das dort ansässige Forschungszentrum für Schulsport und Sport (FoSS), unter der Leitung von Prof. Dr. Swantje Scharenberg, stellte finanzielle Mittel und einen Programmierer zur Verfügung. Mitte 2018 fanden erste Gespräche mit dem Kultusministerium statt und die Idee, alle acht Kernsportarten des Sportabiturs in einer App anzubieten, reifte. Aufgrund von rechtlichen Aspekten musste das Projekt vom IfSS ausgegliedert werden und es wurde das Startup ‘Sportapp-Entwicklung UG’ gegründet.

Mitte 2019 ging die App ‘Turnlehrer Sportabi BW’ online und wurde ein voller Erfolg. Alle 120 Turnelemente des Sportabiturs in BW konnten als Video abgerufen und mithilfe einer Zeitlupenfunktion analysiert werden.

Ende 2021 konnte der Vertrag zur ‘SchulsportApp BW’ mit dem Kultusministerium unterzeichnet werden und ein weiteres Jahr später ging die App mit über 600 Videos online. Bereits nach zwei Wochen wurde die App über 100 000 mal heruntergeladen – ein mehr als gelungener Start.

Im Februar 2023 wurde die App an der Geschwister-Scholl-Schule (GSS) in Tübingen offiziell vorgestellt. Staatssekretär Volker Schebesta hatte sich den Einsatz vor Ort angeschaut und resümierte: »Die App unterstützt sowohl unsere Lehrkräfte als auch unsere Schülerinnen und Schüler. Etwa bei der Unterrichtsdurchführung oder der selbstständigen und eigenverantwortlichen Prüfungsvorbereitung«, und fügt an, »dank Zeitlupen- und Standbildfunktion können Lehrende und Lernende gemeinsam die Bewegungsabläufe Schritt für Schritt durchgehen. So sind auch individuelle Rückmeldungen noch verständlicher möglich. Außerdem kann die App dazu beitragen, ein einheitliches Qualitätsverständnis von fachpraktischen Inhalten zu entwickeln.«[1]

Yannick Weislogel sieht mit der offiziellen Vorstellung der App die Entwicklung aber noch nicht am Ende. Bis zum Beginn des neuen Schuljahres sollen alle acht Kernsportarten integriert sein. Bislang fehlen noch Fußball, Handball und Volleyball. Zusätzlich werden künftig bei vielen Videos Bewegungshinweise verfügbar sein, die interaktiv mit dem Video verknüpft sind. »Auf der technischen Seite wollen wir einen Vollbildmodus für den Videoplayer, eine einstellbare Videogeschwindigkeit sowie einen Hochkant-Modus für die gesamte App umsetzen. Das waren häufige Nutzerwünsche, die uns erreichten«, blickt Weislogel in die Zukunft und unterstreicht damit den Ansatz: aus der Praxis für die Praxis. »Die bis dato über 400 000 Downloads (Stand März 2023) zeigen, dass der vor fünf Jahren eingeschlagene Weg der richtige war«, resümiert Weislogel mit Blick auf seine Idee aus dem Jahr 2017.

Zur Person: **Yannick Weislogel** ist Lehrer am Gymnasium Überlingen (Sport, Gemeinschaftskunde, Wirtschaft, Ethik und Philosophie) und Gründer sowie Geschäftsführer der Unternehmergesellschaft 'Sportapp-Entwicklung'

Die Schulsport-App BW kann unter www.sport-app-entwicklung.de heruntergeladen werden.

1 https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/neue-schulsport-app-unterstuetzt-lehrkraefte-und-schueler

IMPRESSUM

Die Zeitung »Gymnasium Baden-Württemberg« erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder des PhV ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Einzelheft »Gymnasium Baden-Württemberg« (inkl. der DPhV-Zeitschrift »Profil«) beträgt 3,– Euro und für ein Jahresabonnement 18,– Euro zuzüglich Versandkosten. Der Betrag wird durch Vorauszahlung jeweils im Dezember erhoben.

Redaktion:
Schriftleiter: Enver Groß *[E.G.]* | enver.gross@phv-bw.de | Pfannenstiel 34 | 88214 Ravensburg
Redaktionsteam:
Sabine Grobe *[S.G.]* | Helmut Hauser *[H.H.]* | Bettina Hölscher *[HL]* | Edelgard Jauch *[E.J.]* | Anne Käßbohrer *[A.K.]* | Evelyn Kapahnke *[E.K.]* | Richard Zöller *[R.Z.]*

Herausgeber:
Philologenverband Baden-Württemberg | Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart | Tel.: 0711 2396250 | Fax: 0711 2396277 | info@phv-bw.de | www.phv-bw.de

Verlag & Anzeigenverwaltung:
Pädagogik & Hochschul Verlag | dphv-verlagsgesellschaft mbh | Graf-Adolf-Straße 84 | 40210 Düsseldorf | Tel.: 0211 3558104 | Fax: 0211 3558095
dassow@dphv-verlag.de | www.dphv-verlag.de

Erscheinungstermin: sechsmal jährlich nach Terminplan. Bestellungen, Umbestellungen und Reklamationen bitte direkt an die Geschäftsstelle des Philologenverbandes Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart.

Weitere Hinweise zur Beitrittserklärung *(s. Umschlagseite 4)*

Hinweise zum Datenschutz: Zur Verarbeitung der persönlichen Bankdaten im Rahmen des SEPA-Einzugsverfahrens gebe ich entsprechend Art. 6 Abs. 1 a DSGVO die Einwilligung durch meine Unterschrift. Alle anderen vorstehend angegebenen personenbezogenen Daten werden vom PhV für die Verwaltung der Mitgliedschaft auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 b DSGVO erhoben. Darüber hinaus können die Daten Name, Vorname, Fachkombination, Adresse, Telefon und E-Mail für die Suche und Kommunikation der PhV-Mitglieder untereinander (im passwortgeschützten Mitgliederbereich intern.phv-bw.de) verwendet werden.

Anmerkung: Auf der internen Webseite können Sie unter 'Mein Konto' Ihre Daten verwalten und die suchbaren Einträge einschränken. Für jede weitergehende Nutzung Ihrer Daten und die Erhebung zusätzlicher Informationen bedarf es Ihrer Einwilligung.

Datenschutzregelung zum Newsletterversand: Im Rahmen unseres Newsletters verarbeiten wir als Daten lediglich die vom Abonnenten angegebene E-Mail-Adresse. Diese wird in diesem Zusammenhang nicht mit weiteren personenbezogenen Daten (Name o. Ä.) verbunden, nur für den Newsletterversand verwendet und nicht an Dritte weitergegeben. Rechtsgrundlage des Newsletterversands ist Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a DSGVO (Datenschutzgrundverordnung). Die Mailadresse wird nur für die Dauer des Newsletterbezugs gespeichert und bei Beendigung des Abos gelöscht. Das Newsletterabo kann jederzeit widerrufen werden: Jede Newsletter-Mail enthält einen Link, mit dem Sie mit einem schnellen Klick einzelne Newsletter bestellen oder abbestellen können, sowie einen Link zum einfachen Abbestellen sämtlicher Newsletter.

Auszug aus den ab 1. Januar 2022 geltenden Beiträgen (Beiträge pro Monat)

Staffelbeiträge*	unter A 13/E 14	17,55 Euro	A 13/E 14	20,64 Euro		
* Teilzeit wird entsprechend berücksichtigt	A 14/E 15	22,50 Euro	A 15/E 15Ü	25,18 Euro	A 16 und darüber	27,87 Euro
Feste Beitragssätze	Studenten	0,00 Euro	Referendare	4,13 Euro	Pensionäre	10,32 Euro

Beitrittserklärung

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Philologenverband Baden-Württemberg ab

Name, Vorname

Straße Hausnummer, PLZ Ort *Geb.-Datum*

Telefon *E-Mail*

☐ Ich wünsche den PhV-Newletter (kostenlos)

Status (bitte genaue Angaben):

☐ Beamter/in, Amtsbezeichnung A ☐ Arbeitnehmer/in, Entgeltgruppe E ☐ Studienreferendar/in ☐ Student/in

Dienststellung (StR, ...) *Fächerkombination* *Deputat in Wochenstunden*

Schulname, Schulort

SEPA-Lastschriftmandat

Philologenverband Baden-Württemberg | Stuttgart

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE73ZZZ00000261913 | Mandatsreferenz: Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt

Hiermit ermächtige ich den Philologenverband Baden-Württemberg, fällige Forderungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Philologenverband Baden-Württemberg auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von sechs Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut

IBAN D E

BIC

Ich weiß, dass ich mit meiner Unterschrift die Satzung des Philologenverbands anerkenne. Ein Exemplar der jeweils gültigen Satzung geht mir auf Wunsch zu. Ich bestätige weiterhin, davon unterrichtet zu sein, dass nach § 7 (2) der Satzung ein Austritt nur zum Ende eines Quartals mit sechswöchiger Kündigungsfrist möglich ist.

Ort, Datum *Unterschrift*

Unter **https://phv-bw.de** finden Sie alle Informationen zum *Datenschutz* unter **–> Datenschutz**. Alle Infos zur *Mitgliedschaft* finden Sie unter **–> Mitgliedschaft**. Hier können Sie auch die *Beitrittserklärung als ausfüllbares PDF-Formular* herunterladen.